

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Dr. Harald Resch

Präsident der Arbeiterkammer Oberösterreich

Leiter der AK-Abteilung Consult

**AK-Wertschöpfungsbarometer:
Trotz Krise: Ausschüttungen
pro Mitarbeiter auf Rekordwert**

Pressekonferenz

Dienstag, 2. November 2010, um 10.00 Uhr

in der Arbeiterkammer Linz

Die Arbeiterkammer Oberösterreich wertet seit acht Jahren kontinuierlich die Jahresabschlüsse mittlerer und großer Unternehmen in Österreich aus. Aktuell wurde diese Auswertung um die Daten der verwendbaren Jahresabschlüsse 2009 erweitert. Die Untersuchung zeigt, dass Österreichs Unternehmen Jahr für Jahr immer besser an jeder einzelnen Mitarbeiterin und jedem einzelnen Mitarbeiter verdienten. Auch im aktuellen Beobachtungszeitraum 2009, im zweiten Jahr der Krise, zeigen sich keine deutlichen Veränderungen. Der Überschuss pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem, der den Unternehmen im Jahr 2009 durchschnittlich verblieb, betrug knapp 36.500 Euro. Er hat sich gegenüber dem Spitzenjahr 2007 nur minimal verändert und lag somit um 51 Prozent über dem Wert von 2003. Die Ressourcen für eine attraktive Lohnpolitik und für innovative Maßnahmen zur Arbeitszeitreduktion und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind in den Unternehmen also vorhanden – sie müssen jetzt auch endlich genutzt werden.

Auch in Krisenzeiten glänzen die Beschäftigten in Österreich mit hoher Produktivität.

Die Produktivität der Beschäftigten in österreichischen Unternehmen ist in den letzten Jahren merklich gestiegen. Die im Jahr 2009 erfasste Gruppe von Unternehmen weist eine um 29,2 Prozent höhere Wertschöpfung je Beschäftigter/je Beschäftigtem auf als jene des Jahres 2003.

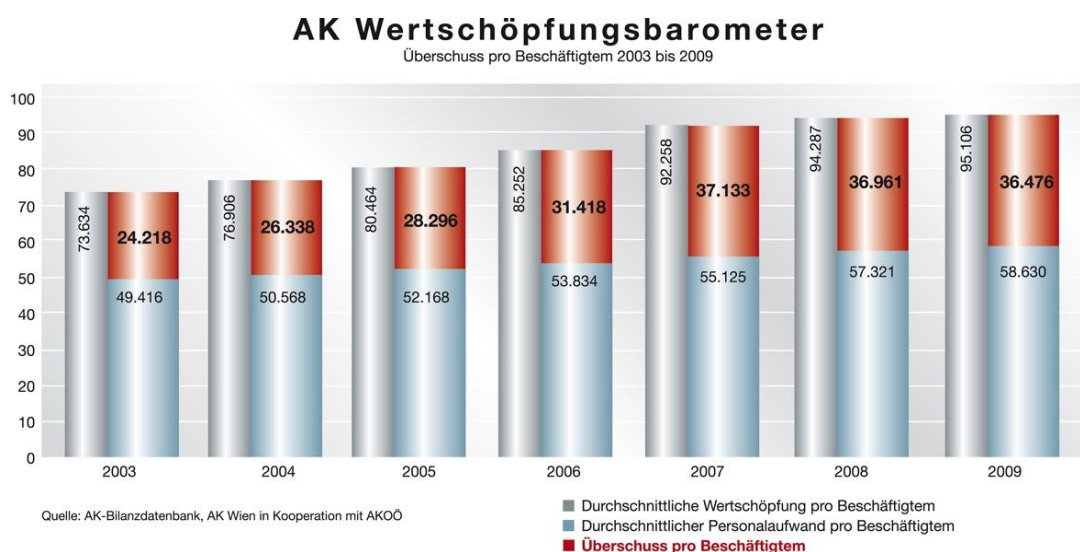
Die Produktivität wurde auch im Jahr 2009, im zweiten Jahr der Krise, gesteigert – wenn auch abgeschwächt. Die Wertschöpfung je Beschäftigter/je Beschäftigtem ist gegenüber dem „Superjahr 2007“ noch einmal um 3,1 Prozent angestiegen.

Der Überschuss, den die Unternehmen im Verhältnis zum Personalaufwand erzielten, ist beinahe genau so hoch wie der im „Superjahr 2007“.

Hervorzuheben ist, dass von den derzeit 580 Unternehmen, die in die Untersuchung eingegangen sind, knapp 10 Prozent Kurzarbeit durchgeführt und entsprechenden Beihilfen bekommen haben.

AK-Wertschöpfungsbarometer ergibt: 36.500 Euro Überschuss pro Mitarbeiter

Der AK-Wertschöpfungsbarometer ermittelt die Differenz zwischen der Wertschöpfung und dem Personalaufwand pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem. Diese Differenz wurde im Laufe der letzten Jahre deutlich zu Gunsten der Unternehmen vergrößert. Trotz des zweiten Jahres der Wirtschaftskrise wurde auf betrieblicher Ebene der hohe Wert des „Superjahres 2007“ beinahe wieder erzielt. Das zeigt die folgende Grafik (Werte in Euro):



Pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem blieben den Unternehmen im Jahr 2009 durchschnittlich knapp 36.500 Euro. Dieser Wert liegt nominell, also ohne Inflationsbereinigung um fast 51 Prozent über dem Wert des Jahres 2003. Anders

ausgedrückt: Die 2009 untersuchten Unternehmen verdienten an jeder Arbeitnehmerin/an jedem Arbeitnehmer um durchschnittlich 51 Prozent mehr als jene im Jahr 2003.

Die durchschnittliche Wertschöpfung pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem ist 2009 um fast 62 Prozent höher als der Personalaufwand pro Beschäftigter/pro Beschäftigtem. Hier wird deutlich, dass selbst in der Krise Reserven für Arbeitsplatzsicherungsmaßnahmen, Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich vorhanden sind.

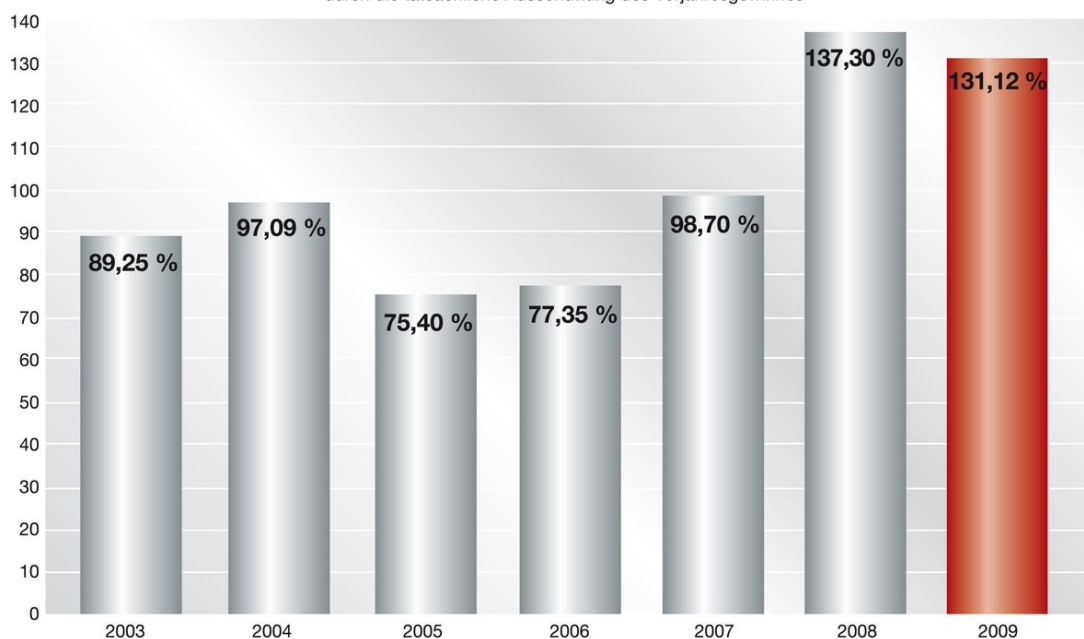
Unternehmen leisteten sich trotz Krise hohe Ausschüttungen

Unternehmen rechtfertigen überdurchschnittliche hohe Gewinne bei gleichzeitig moderater Lohnentwicklung damit, dass in „guten Jahren“ ein Polster für die Verbesserung des Eigenkapitals und der Liquidität aufgebaut werden müsse. Dadurch könnten sie sich mittelfristig gegen zu erwartende Rückschläge im Konjunkturabschwung schützen. Die Analyse der Jahresabschlüsse zeigt, dass dies in der Realität nicht oder insgesamt unzureichend erfolgte. Denn die Unternehmen schütteten die Überschüsse in immer höherem Ausmaß an die Eigentümer/-innen aus. Trotz Krise wird dieser Trend fortgeschrieben.

Bereits im zweiten Krisenjahr hintereinander sind die Gewinnausschüttungen aus dem Vorjahr deutlich höher als die erwirtschafteten Jahresüberschüsse. 2009 haben die gewährten Gewinnausschüttungen aus dem Jahr 2008 die erwirtschafteten Jahresüberschüsse 2009 mit 131,1 Prozent belastet.

Belastungen der Jahresüberschüsse

durch die tatsächliche Ausschüttung des Vorjahresgewinnes

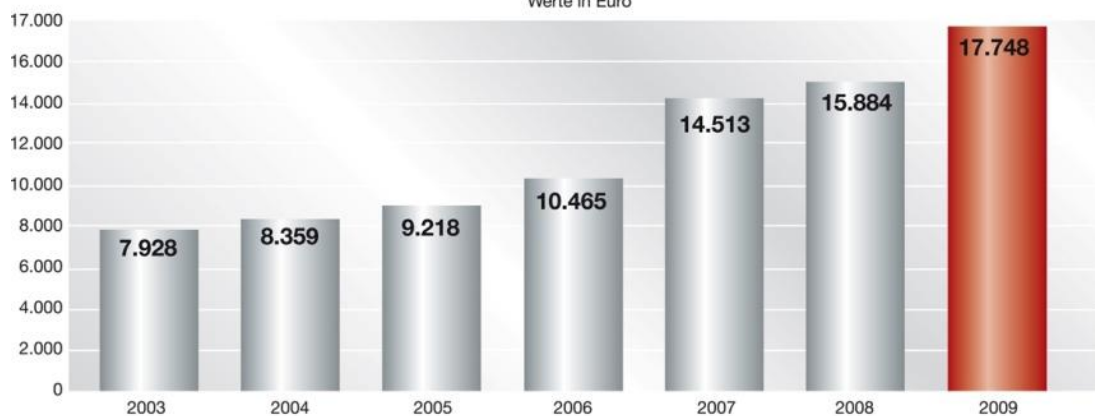


Quelle: AK-Bilanzdatenbank, AK Wien in Kooperation mit AKOÖ

In absoluten Geldwerten stiegen die Auszahlungen an die Eigentümer seit dem Jahr 2003 Jahr für Jahr rasant an - von durchschnittlich 7.928 Euro pro Beschäftigter/pro Beschäftigten auf 17.747,80 Euro pro Beschäftigter/pro Beschäftigten im Jahr 2009. Damit wurde im vielzitierten Krisenjahr der bisher höchste Ausschüttungswert ermittelt.

Gewinnausschüttungen an die Eigentümer pro Beschäftigtem

Werte in Euro



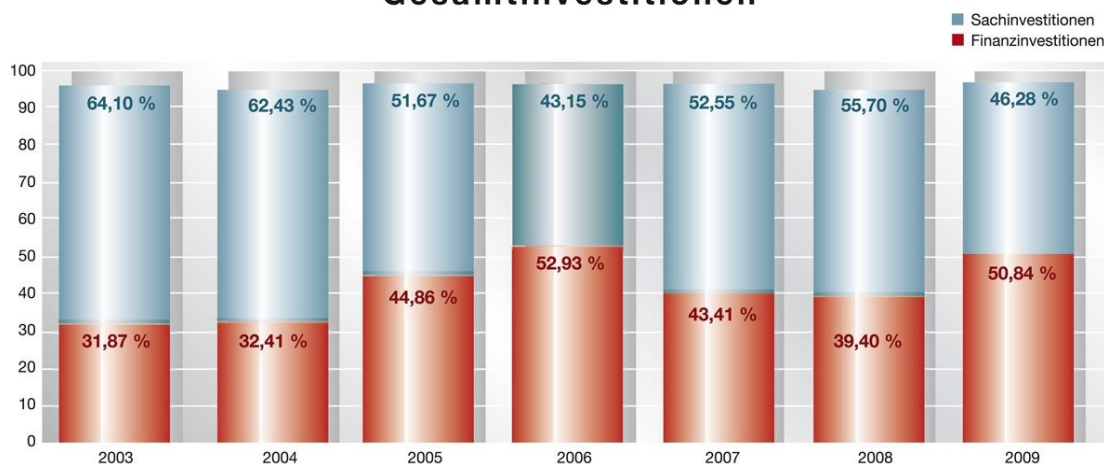
Quelle: AK-Bilanzdatenbank, AK Wien in Kooperation mit AKOÖ

Eine steigende Gewinn- und Vermögensquote ist verteilungs- und wirtschaftspolitisch problematisch. Denn erhöhen sich die Gewinne und Vermögenserträge stärker als die Löhne, erhalten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger, als ihnen aus der produzierten Wertschöpfung zustünde. Da der erwirtschaftete Überschuss vor allem zur Befriedigung der Kapitalinteressen der Eigentümer/-innen und nicht zur nachhaltigen Verbesserung des Eigenkapitals und der Liquidität der Unternehmen genutzt wurde, ist die Forderung nach weiteren Lohnzurückhaltungen völlig unangebracht.

Finanzinvestitionen beginnen wieder zu dominieren!

Die Investitionsneigung ist weiterhin als gut zu bezeichnen. Erschreckend ist jedoch, dass aus den Krisen keine Lehre gezogen wurde. Statt in Maschinen Anlagen und Mitarbeiter/-innen wird schon wieder vermehrt in Finanzprodukte investiert. Die Finanzinvestitionen liegen mit einem Anteil von 50,8 Prozent fast am 2006 festgestellten höchsten Niveau von knapp 53 Prozent. Der Anteil von Finanzinvestitionen im aktuellen Beobachtungszeitraum stellt somit den zweithöchsten Wert seit dem Beginn der Berechnungen 2002 dar.

Anteil der Sach- und Finanzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen



Quelle: AK-Bilanzdatenbank. AK Wien in Kooperation mit AKOÖ, die Differenzen auf 100 Prozent entsprechen Investitionen in immaterielle Güter

Schlussfolgerungen

Die Mitarbeiter/-innen haben einen wesentlichen Anteil daran, dass sich die Leistungsfähigkeit der österreichischen Unternehmen auch im zweiten Jahr der Krise sehen lassen kann und dass die Betriebserfolge in den letzten Jahren "fett" ausgefallen sind.

Die Beschäftigten haben schon genug für die Krisenbewältigung bezahlt:

- Aussetzverträge und Arbeitslosigkeit haben die Einkommen radikal geschmälert:
Im aktuell analysierten Bilanzzeitraum 2009 explodierte die Arbeitslosigkeit. So stieg die Zahl der Arbeitslosen in Oberösterreich im Jahresdurchschnitt 2008 auf 2009 um knapp 12.000 auf 42.200 inkl. der Arbeitssuchenden in Schulungsmaßnahmen. Dies entspricht in Oberösterreich einem Anstieg der Arbeitslosenquote von 3,5 auf 4,9 Prozent. Österreichweit erhöhte sich die Zahl der Arbeitssuchenden im selben Vergleichszeitraum um 61.800 auf 330.300. Dies entspricht einem Anstieg der Arbeitslosenquote von 5,8 auf 7,2 Prozent. Aus dem Arbeitsklima Index wissen wir, dass für 43 Prozent der Arbeitslosen das Einkommen (Nettoersatzrate) nicht zum Leben ausreicht.
- Kurzarbeit hat das verfügbare Einkommen reduziert und wird über Sozialversicherungsanteile (Arbeitslosenversicherung) der Beschäftigten mitfinanziert. Durch das starke Engagement der Gewerkschaften bei den Verhandlungen um Kurzarbeitsvereinbarungen konnte in vielen Bereichen der Einkommensverlust auf maximal zehn Prozent beschränkt werden. Ausgehend vom oberösterreichischen Medianeinkommen 2009 für Männer von 2.324 Euro bedeutete dies einen monatlichen Verlust von 232 Euro. Für viele von Kurzarbeit Betroffene ist jedoch ein Verzicht auf mehr als 200 Euro im Monat eine enorme Belastung.
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden unter Druck gesetzt, um auf Einkommen zu verzichten. Vielfach haben Unternehmen versucht, über Aussetzverträge und den Zwang in die Teilzeit die Krise zu überwinden. Teilzeitvereinbarungen unter Zwang reduzieren jedoch das Einkommen der Betroffenen ohne die Sicherheitspolster der Kurzarbeit.

Dies sind nur ein paar Einblicke in die Kosten der Arbeitnehmer/-innen für die Krisenbewältigung. Blickt man auf das kommende zu erstellende Budget Österreichs, so zeichnen sich weitere Belastungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, z.B. durch die Erhöhung der Mineralölsteuer, ab.

Daher muss der Faktor Arbeit entlastet werden:

- **Reale Lohnsteigerungen für mehr Kaufkraft und Gerechtigkeit!**

Die AK sieht keine Veranlassung, im Rahmen der derzeitigen Kollektivvertragsrunden, Lohnzurückhaltung an den Tag zu legen. Die Leistung der Beschäftigten muss entsprechend abgegolten werden. Zu geringe Lohnerhöhungen schwächen die Kaufkraft in Österreich und werden so zum Bumerang. Einerseits überhöhte Gewinnausschüttungen vorzunehmen und andererseits Lohnzurückhaltung zu fordern, ist nicht akzeptabel.

- **„Arbeit fair teilen“ durch Arbeitszeitverkürzung!**

Gerade die Kurzarbeit hat gezeigt, dass Arbeitszeitverkürzung ein wirksames Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur besseren Aufteilung der Arbeit auf mehr Menschen darstellt. Dieser Weg ist auch außerhalb der Krise fortzusetzen.

Innovative Modelle wie die Fünfer-Schicht oder Vier-Tage-Wochen sind auf betrieblicher Ebene einzuführen, um die Arbeitszeit zu verkürzen. Die positiven Effekte der Verkürzung der Arbeitszeit sind durch entsprechende Einstellungen von zusätzlichem Personal abzusichern.

- **„Arbeit fair teilen“ durch Abbau von Überstunden!**

Österreich ist Arbeitszeiteuropameister. In Betrieben mit guter Auftragslage sollen Überstunden reduziert und dadurch zusätzlichen Menschen Arbeit geboten werden. Allein im zweiten Quartal 2009 – also mitten in der Wirtschaftskrise – wurden in Österreich von rund 750.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer 6,2 Millionen Überstunden pro Woche geleistet. Eine Verteuerung der Überstunden (etwa durch höhere Zeitzuschläge) würde Unternehmen dazu bringen, ähnlich wie beim Mehrarbeitszuschlag für Teilzeitkräfte nach Alternativen zu suchen und Arbeitsplätze zu schaffen.

- **Mindestlohn von 1.300,- Euro brutto**

Laut Arbeitsklimaindex reicht für 350.000 Arbeitnehmer/-innen das Einkommen nicht mehr zum Leben. Das ist ein Anstieg um 38 Prozent in den letzten

zehn Jahren. Durch die Einführung eines Mindestlohns von 1.300 Euro kann die Armutsfalle entschärft werden.

Anhang:

Berechnungsmethode

Die AK-Bilanzdatenbank erfasst verwendbare, veröffentlichte Jahresabschlüsse und wird von der AK Wien, Abteilung Betriebswirtschaft in Kooperation mit der AK Oberösterreich, AK-Consult geführt. Die Zusammensetzung der analysierten Unternehmen verändert sich jedes Jahr, wobei darauf geachtet wurde, dass die erfasste Gruppe ausreichend groß und ein repräsentativer Mix von Groß- und Mittelunternehmen aus Industrie/Gewerbe, Handel und Dienstleistungen enthalten sind.

Nicht einbezogen werden Non-Profit-Organisationen, Banken, Versicherungen, Krankenhäuser und Holdinggesellschaften.

Die Jahresdaten stellen jeweils die nominellen, nicht Inflationsbereinigten Werte dar.

Auf Basis dieser Daten wird die Wertschöpfung pro Beschäftigten für jedes aufgenommene Unternehmen und Jahr errechnet. Davon wird der durchschnittliche Personalaufwand (je Beschäftigtem) abgezogen und so der durchschnittliche Überschuss errechnet.

Die ordentliche Wertschöpfung je Beschäftigtem:

Die Bilanzkennzahl „ordentliche Wertschöpfung“ ist jener Wert, der im betrieblichen Produktionsprozess den bezogenen Produkten (Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen, zugekauften Teile und Leistungen hinzugefügt wird.

Ordentliche Wertschöpfung je Beschäftigtem wird wie folgt berechnet:

Nettoumsatzerlöse

+/- Veränderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen sowie an noch nicht abrechenbaren Leistungen

+ aktivierte Eigenleistungen

+ ordentliche übrige sonstige Erträge

= ordentliche Betriebsleistung

+ Ertragszinsen

- Aufwand für Material und für bezogene Leistungen

- ordentliche übrige sonstige Betriebsaufwendungen

= ordentliche Wertschöpfung

Ord. Wertschöpfung/Beschäftigten = ord. Wertschöpfung / durch. Beschäftigte

Das Beteiligungsergebnis ist in der ordentlichen Wertschöpfung nicht beinhaltet.

Außerordentliche Wertschöpfungsbestandteile sind in der ord. Wertschöpfung ebenfalls nicht berücksichtigt (Beispiele: Förderungen, diverse a.o. Erträge, Erträge aus Anlagenabgängen, Erträge aus Rückstellungsaufösungen, diverse a.o. Aufwendungen, Erträge aus dem Abgang von Finanzanlagen, Aufwand aus Finanzanlagen, Abschreibung von Wertpapieren, etc.).

Mit der Wertschöpfung je Beschäftigten kann die Leistung der Beschäftigten im Zeitablauf und innerhalb einer Branche verglichen werden.

Personalaufwand lt. Gewinn- und Verlustrechnung pro Beschäftigtem:

Für die Berechnung des Personalaufwandes wurden folgende Positionen berücksichtigt: Löhne, Gehälter, Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen, Aufwendungen für Altersversorgung, Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebenen Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge und sonstige Sozialaufwendungen.

Der auf diesem Weg ermittelte Personalaufwand wird durch die durchschnittlichen Beschäftigten dividiert.

Die untersuchten Unternehmen:

Die Recherche basiert auf den veröffentlichten Jahresabschlussdaten der Geschäftsjahre 2003 bis 2009 von mittleren und größeren Unternehmen mit Sitz in Österreich.

Das sind v.a. Kapitalgesellschaften mit

- einer Bilanzsumme von mehr € 4.840.000,-
- Umsatzerlösen größer als € 9.680.000,-
- und mehr als 50 Arbeitnehmern/-innen.

Um in die „Veröffentlichungspflicht“ (Offenlegung ausreichender Informationen) zu fallen müssen je Unternehmen zwei von drei Kriterien in zwei Jahren überschritten sein.

Eine Untersuchung der AK Wien im Jänner 2010 (Stichprobe 1.117 Unternehmen mit insgesamt rund 900.000 Beschäftigten) hat gezeigt: Nur 37 Prozent der großen Unternehmen hal-

ten sich in drei aufeinander folgenden Jahren an die gesetzliche Offenlegungspflicht des Jahresabschlusses – 63 Prozent halten sich nicht daran!

Folgende Anzahl an Unternehmen und Mitarbeitern wurde erfasst:

(Die unterschiedliche Anzahl der in den verschiedenen Jahren untersuchten Unternehmen resultiert aus der unterschiedlichen Zahl der für das jeweilige Jahr offengelegten und für die Studie verwendbaren Jahresabschlüsse.)

2003: 1.047 Unternehmen mit insgesamt 610.897 Beschäftigten, das sind 19,2 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich

2004: 1.053 Unternehmen mit insgesamt 638.414 Beschäftigten, das sind 20,0 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich

2005: 1.115 Unternehmen mit insgesamt 660.744 Beschäftigten, das sind 20,5 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich

2006: 1.057 Unternehmen mit insgesamt 642.582 Beschäftigten, das sind 19,7 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich

2007: 999 Unternehmen mit insgesamt 615.889 Beschäftigten, das sind 18,4 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich

2008: 1.030 Unternehmen mit insgesamt 624.871 Beschäftigten, das sind 18,3 Prozent der durchschnittlich unselbständig Beschäftigten in Österreich

2009: derzeit 580 verwendbare veröffentlichte Jahresabschlüsse von Unternehmen mit 310.083 Beschäftigten